

Mittwoch, 11. Mai 2022 [Titelseite](#)

Borner Holm: Gericht verhindert Ferienhäuser

Umweltschützer sehen Signalwirkung auch für andere Großvorhaben

Von Axel Büssem

Born. Der gerichtliche Stopp einer geplanten Feriensiedlung in einem knapp 15 Hektar großen Landschaftsschutzgebiet auf dem Darß gibt Kritikern ähnlicher Tourismusvorhaben in Mecklenburg-Vorpommern Rückenwind: „Das Urteil stärkt den Landschaftsschutz und ist eine gute Nachricht für alle Projekte, die derart in geschützte Landschaften eingreifen wollen“, sagte Corinna Cwielag, Landeschefin der Umweltschutzorganisation BUND.

Das Oberverwaltungsgericht Greifswald hatte am Dienstag den Bebauungsplan für 54 Ferienhäuser und ein Hotel auf dem Borner Holm für unwirksam erklärt.

Laut Gericht waren die im Plan getroffenen Festsetzungen nicht mit den Bestimmungen des Landschaftsschutzgebietes vereinbar. Zudem sei eine notwendige Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erfolgt. Das Gericht bestätigte damit im Wesentlichen die Entscheidung eines Eilverfahrens im Jahr 2017. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Gegen die Baupläne der Gemeinde auf der geschützten Boddenwiese hatte der BUND geklagt.

Cwielag wies darauf hin, dass in MV pro Jahr etwa 40 Anträge auf Ausnahmen von den Landschaftsschutzgebietsverordnungen gestellt werden. „Diese Gebiete haben aber eine wichtige Funktion für Natur- und Artenschutz und sind oft ein Puffer zu benachbarten Nationalparks oder anderen Naturschutzgebieten.“

Als Beispiele für weitere Tourismusprojekte, die in den Landschaftsschutz eingriffen, zählte Cwielag Pläne für den früheren Fliegerhorst Pütnitz bei Ribnitz-Damgarten, für Göhren auf Rügen, die Halbinsel Wustrow am Salzhaff und Kamminke auf Usedom.

In Kamminke wollen drei Schweriner Investoren zehn neue Reetdach-Doppelhäuser mit insgesamt 20 Wohnungen errichten – in der Nähe ei-

nes geschützten Kliffs.

Dagegen wehrt sich unter anderem der SPD-Kreistagsabgeordnete Günther Jikeli. Er sieht sich durch das Urteil bestätigt: „Die Wahrung des Landschaftsbildes spielte für die Greifswalder Richter eine Rolle, das wurde bislang oft missachtet.“

Er sei jetzt gespannt, wie Landrat Michael Sack (CDU) auf das Urteil reagiere, so Jikeli. „Die Praxis, dass die Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet immer wieder so verändert wird, dass Flächen herausgenommen werden, muss gestoppt werden“, fordert er.

Der Geschäftsführer des Landestourismusverbands, Tobias Weitendorf, sieht schon seit einiger Zeit ein Umdenken im Verhältnis Tourismus und Umwelt. „Man könnte von einer neuen Behutsamkeit sprechen. Jedes größere touristische Vorhaben in MV sollte einer ganzheitlichen Bewertung hinsichtlich der Wirkungen und Folgen unterzogen werden.“

Für Born wünscht sich Weitendorf nun Kompromissbereitschaft von allen Seiten: „Die Bürgerinnen und Bürger von Born sind nun gefordert, sich neu zu vereinbaren und eine Idee nachhaltiger und naturverträglicher Ortsentwicklung zu finden.“ Weiter auf Seite 5